



© dpa/Bernd Weißbrod

● **Live / „Grenz an Realitätsverweigerung“** Türkische Gemeinde sieht im Koalitionsvertrag Millionen Menschen nicht berücksichtigt

Bündnis fordert 100-Tage-Programm für Wohnungsneubau + Politiker von Union und SPD äußern Zweifel an Vorhaben + Das ist der Zeitplan bis zur Kanzlerwahl + Mehr im Liveblog

Von Sven Lemkemeyer
Heute, 12:17 Uhr

Die Koalitionsverhandlungen von Union und SPD sind 45 Tage nach der Bundestagswahl zum Abschluss gekommen. Am Mittwoch wurde der Koalitionsvertrag vorgestellt. Hier lesen Sie die aktuellsten Entwicklungen rund um die mögliche nächste Regierung:





„Einwanderungsfreundliches Land bleiben – wolle – menschen mit einwanderungsgeschichte kämen aber „als Subjekte mit eigenen Interessen nicht vor“, erklärte **TGD-Chef Gökay Sofuoğlu** am Donnerstag.

→ **Die Tagesspiegel-App** Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

Das liege daran, dass unter den 19 Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern, die den Vertrag verhandelt hätten, „leider kein einziger“ gewesen sei, der aus persönlicher Erfahrung wisse, worauf es beim Thema Einwanderungsfreundlichkeit ankomme. Um Menschen mit Migrationsgeschichte gehe es im Koalitionsvertrag nur im Zusammenhang mit der Gewinnung von Soldaten, und **der Islam komme „ausschließlich in negativen Kontexten vor“**, fuhr Sofuoğlu fort. „Das grenzt an Realitätsverweigerung.“

Ihm fehle außerdem ein sicherheitspolitisches Konzept gegen Rechtsextremismus, „das uns allen das Gefühl vermittelt, wir können in Deutschland eine sichere Zukunft planen“, erklärte der Vorsitzende der TGD weiter. Er lobte zudem das Bekenntnis zum Schutz jüdischer Menschen in Deutschland. „Angesichts der explodierenden Zahlen im Bereich der rassistischen Übergriffe hätte ich mir gewünscht, **dass auch schwarze Menschen, Muslime und Sinti und Roma eine vergleichbare Berücksichtigung im Text erfahren.**“

→ **Internationale Medien zum Koalitionsvertrag** „Keiner seiner Vorgänger stand vor einer vergleichbaren Aufgabe wie Merz“

In Deutschland haben rund 24,9 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Damit haben knapp 30 Prozent der Bevölkerung eine eigene oder eine über mindestens einen Elternteil mitgebrachte Zuwanderungsgeschichte.

Der Verband forderte daher, dass das künftige Kabinett das auch abbildet. **„Der Anspruch wäre: 30 Prozent Menschen mit Migrationsgeschichte“**, forderte die TGD.

11:40 Uhr: Bündnis fordert 100-Tage-Programm für Wohnungsneubau

Die künftige Bundesregierung soll mit einem 100-Tage-Programm den Neubau in Deutschland anschieben. **Ein Verbändebündnis aus Mieterbund, Gewerkschaft IG BAU und der Lobby der Bau-, Wohnungs- und Immobilienbranche** forderte am Donnerstag überdies, der Staat solle mit Förderprogrammen, Zinsverbilligungen und abgespeckten Baustandards den Wohnungsbau auch mittelfristig deutlich stärken. Die nächste Regierung müsse alles daransetzen, Wohnungsnot und explodierende Mieten in den Griff zu bekommen. **„Es geht darum, den ,sozialen Sprengstoff Nr. 1‘ schleunigst zu entschärfen“**, teilte das Bündnis mit.

